

Nebröer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebrö

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebrö: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen lohnen: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 20 Pf. Einlagenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostkasse Nebrö — Sontverein Aktien.

Nr 139

Sonnabend, den 22. November 1930

43. Jahrgang

Zu viel Steuern!

Die Reichsregierung sagt: So wie bisher geht es nicht weiter!

Die Begründung der Reichsregierung zum Steuervereinfachungsgezet, das jetzt im Reichsthat befannt wird, zeigt den festen Willen der Reichsregierung, auf einer Steuererleichterung und Steuervereinfachung zu kommen. In dieser Begründung heißt es u. a.:

Der Wunsch der gesamten deutschen Öffentlichkeit auf steuerlichen Gebieten geht in zweifacher Richtung: Steuererleichterung und Steuervereinfachung. Auf dem Gebiete der Steuererleichterung läßt sich bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Deutschland und im Ausland, die auf der Einnahmeseite einen starken Rückgang der Einnahmen, auf der Ausgabe Seite ein hartes Ansteigen der Ausgaben zur Folge hat, dieser Wunsch nur unvollkommen erfüllen. Der Entwurf eines Gesetzes über die Senkung der Realsteuern zum 1. April 1931 kann daher nur als ein bescheidener Anfang angesehen werden. Die Reichsregierung lehnt es ab, Steuererleichterungsverprechen zu machen, von denen sie nicht genau weiß, daß sie auch wirklich erfüllt werden können. Sie hofft aber, auf dem von ihr bestrittenen Wege strenger Drosselung der Ausgaben der öffentlichen Hand allmählich auch Mittel zur weiteren Steuererleichterung, die im Interesse des Wiederantriebes der deutschen Wirtschaft und der Kapitalbildung dringend erforderlich ist, frei zu bekommen. Das wird um so eher möglich sein, je schneller eine, wenn auch nur leistungsfähige Wirtschaftslage eintritt und damit die Einnahmen wieder besser zu laufen beginnen und der verstärkte Druck auf den Etat von der Ausgabe Seite her aufzuheben beginnt.

Kommt somit die Steuererleichterung auf dem Gebiete der Steuererleichterung, abgesehen von einer gewissen Senkung der Realsteuern, im Rahmen ihres gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftsplans nichts weiter tun, so sind um so größere Möglichkeiten zum Wandel auf dem Gebiete der Steuervereinfachung gegeben. Die Steuervereinfachung zerfällt in zwei große Teile: die Steuervereinfachung einerseits sowie die Verminderung der Steuerarten — ebenfalls für bestimmte Bevölkerungskreise — und die sich daraus ergebenden Vereinfachungen für Bevölkerung und Verwaltung andererseits.

Der Gedanke einer allgemeinen Senkung, die für die Wirtschaft insbesondere auch eine große psychologische Bedeutung gehabt hätte, konnte wegen der völlig verschiedenen Realsteuergrundlagen in den einzelnen deutschen Ländern nicht so einheitlich durchgeführt werden, wie es die Regierung an sich gewünscht hätte. Die Reichsregierung nimmt daher den Gedanken der Vereinheitlichung der Realsteuern im Rahmen ihres jetzigen Finanz- und Wirtschaftsplans wieder auf. Da der Entwurf des Steuervereinfachungsgezetes im Reichsthat bereits durchberaten und wie oben erwähnt, dem vorigen Reichsthat bereits vorlag, würde der Entwurf an sich wieder unmittelbar dem Reichsthat haben vorgelegt werden können, wenn er unerändert geblieben wäre. Die Reichsregierung schlägt aber außer der Steuervereinfachung im damaligen Sinne, die übrigens auch schon eine Steuervereinfachung bedeutet, eine Steuervereinfachung im engeren Sinne, eine Verminderung der Steuerarten für weite Teile der Bevölkerung vor.

Die Bevölkerung klagt nämlich nicht allein über die Höhe der Steuern, sondern auch über die Vielzahl der Steuern und die Komplexität des Systems überhaupt. Diese Klagen sind nicht unbegründet. Insbesondere die kleineren Steuerzahler finden sich in dem Durcheinander der verschiedenen auf ihnen lastenden Steuern häufig nur schwer zurecht. Das führt dann dazu, daß diese Kreise verhältnismäßig viel Zeit auf die Erledigung ihrer Steuerangelegenheiten verwenden und sich hierbei auf im großen Umfang fremder Hilfe bedienen müssen. Es ist nicht zu leugnen, daß hierfür heute zu viel Zeit und Geld aufgewandt wird und daß die Bevölkerung von dieser in Grunde doch unproduktiven Ausgabe nach Möglichkeit entlastet werden muß. Ein ebenso großes Interesse an der Vereinfachung hat aber auch der Fiskus.

Die Kosten der gesamten Steuer- und Zollverwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden belaufen sich heute auf über 700 Millionen Mark, ein Betrag, den die deutsche Wirtschaft auf die Dauer nicht tragen kann. Daher wird auch von diesem Gesichtspunkt aus eine Vereinfachung des Steuerwesens erstrbt werden müssen, die dann, auf etwas längere Sicht gesehen, auch zu einer Einbränkung der Verwaltung und damit zu wesentlichen Erparungen führen kann und muß. Es ist dringend zu hoffen, daß auch die maßgebenden parlamentarischen Körperschaften hierfür das nötige Verständnis zeigen werden. So wie bisher geht es nicht weiter. Die

verschiedenen Gesichtspunkte, die in einer so schweren wirtschaftlichen Zeit wie der ganzen Nachkriegszeit und bei der nicht vermeidbaren, außerordentlich hohen Belastung von vornherein nicht ganz einfach gestaltet werden konnten, sind in den parlamentarischen Körperlichkeiten immer weiter stark kompliziert worden, weil man immer noch wieder neue Fülle und Möglichkeiten in die gesetzliche Regelung einbringen wollte. Die Verwirklichung, die man damit erzielen wollte, wird im Grunde dadurch nicht erreicht, weil sich alle Fülle doch nicht realisieren lassen und auch derartige einzelner Bestimmungen im Gesetz und in Verordnungen den Zeitstrahl nicht immer befreit sein können und ein zu kompliziertes Steuerrecht auch von der besten Verwaltung nur schwer durchgeführt werden kann. Daher muß es darauf ankommen, die Gesetze so zu gestalten, daß sie einfach und klar sind und den Zeitstrahl ebenso wie der Verwaltung eine leichte Durchführung ermöglichen."

Reichsthat für das Finanzprogramm.

Das Gesetz über die Ausgabebegrenzung in den Haushalts des Reiches, der Länder und Gemeinden wurde mit allen gegen Thüringens Stimmen angenommen. Das Gesetz über die Zulassung zur Einkommensteuer bei Stimmhaltung Thüringens. Angenommen wurde weiter das Gesetz, das die Ablieferungsverpflicht im Reichslohnfinanzgezet neu regelt.

Bei der Beratung der Vorlage zur Änderung des Zakonsgesetzes über die Bekämpfung der Verbreitung des Zigaretten- und Tabakgeschäfts wurde der Vertreter des Freistaates Sachsen die im Ausschuß beschlossenen Änderungen, die eine schwere Schädigung der Zigarettenindustrie befechteten. Sachgen könne dieser Vorlage nicht zustimmen. Gegen die Vorlage erklärten sich auch die Vertreter von Schleswig-Holstein, Lippheim, Ostpreußen und Preußen. Die Vorlage wurde in namenhafter Abstimmung mit 45 gegen 21 Stimmen angenommen. — Angenommen wurde auch das Gesetz über die Senkung der Realsteuern mit Stimmmechheit, weiter die Gesetze über die Verbilligung des mit öffentlichen Mitteln geförderten Kleinwohnungsbaues, über weiteren Abbau und Beendigung der Wohnungsnotstandswirtschaft und das Kleinwohnungsbaugesetz.

Reichsthatler Dr. Brüning dankte im Namen der Reichsregierung dem Reichsthat für die außerordentlich schnelle und sachlich äußerst wertvolle Arbeit. Die noch ausstehenden Vorlagen zur Steuervereinfachung und zum endgültigen Finanzprogramm werden am nächsten Donnerstag auch vom Reichsthat zum verabschiedet werden. Wir sind uns klar darüber, daß mit dem Abschluß dieser Vorlagen die Aufgaben der schweren Zeit noch nicht erledigt sind, sondern daß dann sofort neue Maßnahmen in Angriff genommen werden müssen. Die Reichsregierung denkt nicht daran, die Ziele und Wege der Außenpolitik sich diktiert zu lassen von innerpolitischen Lagerströmungen.

Dr. Curtius zur Außenpolitik

Hierauf nahm Außenminister Dr. Curtius das Wort zu einer großangelegten Rede über die deutsche Außenpolitik. Nach kurzem Eingehen auf Deutschlands Stellung zur Weltlage und zu den Beziehungen zu Preußen erklärte er, u. a. aus: Es gilt, der Zukunft ins Auge zu sehen, daß niemand von uns heute wissen kann, ob wir mit den Maßnahmen, mit denen wir auch internationale Schritte tun müssen, die in den Verträgen zum Schutze unserer Wirtschaft und Währung vorgesehen sind. Die Reichsregierung erwartet im Ausland Verständnis dafür, wenn sie nach Durchhebung ihres Wirtschaft- und Finanzplans sich fortlaufend die Frage vorlegt, ob sie nicht zu jenen Schutzmitteln greifen müsse. Wir werden den neuen Plan nicht zerreißen, den Vertragboden nicht verlassen. Wir haben aber keine Garantie für die Durchführbarkeit des Planes gegeben. Die Reichsregierung ist davon durchdrungen, daß sie die Verantwortung dafür trägt, daß das deutsche Volk durch unerkünftige Lasten nicht seiner sozialen und sittlichen Grundlagen beraubt wird.

Auf dem Wege zur deutsch-französischen Verständigung wurde die Reichsregierung in der gleichen Richtung auch in Zukunft weiterarbeiten müssen. Was wir antreiben, ist eine weitestgehende Zusammenarbeit zur Beseitigung der Kriegsverursachen, zur Behebung der Wirtschaftskrisen, zur Ermöglichung des Ausgleichs der gewaltigen Spannungen auf allen Gebieten menschlicher Betätigung.

Zur Abrüstungsfrage übergehend sagte der Minister, daß, wenn Worte in Verträgen einen Sinn hätten, dies alles nur eindeutig so verstanden werden könne, daß nach den erfüllten Voraussetzungen durch Deutschland die vertraglich festgelegte Folge, also die allgemeine Abrüstung, eintreten müsse. Er könne sich nicht helfen, daß der französische Ministerpräsident sagt, daß das Abrüstungsproblem zur einheitlichen Entscheidung bränge, eine Frage durchlegen wolle, die die Basis aller Verhandlungen der letzten zehn Jahre berühren würde. Die Lösung der Abrüstungsfrage lie der Weisheit des Völkers dienen. Wir werden diesen internationalen Vertrag vor dem Genfer Forum unbedeutend zum Abschluß bringen. Nehme Frankreich das Recht der Sicherung der Landesgrenzen, für sich in Anspruch, so müsse das entworfen und von in Waffen stehenden Völkern umgebene Deutschland erst recht den Anspruch auf Sicherheit erheben. Im Hinblick auf verschiedene Zeugnissen des französischen Mi-

nisterpräsidenten erklärte der Minister: Wir lassen uns nicht von romantischen Träumereien bewegen und jagen nicht innerparteilichen Klängen nach. Was wir erstreben, wird uns differenziert von den Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes, wofür nur die friedliche Verständigung in Betracht kommt. Zum Schluß erklärte der Außenminister, er habe vor allem mit seinen Ausführungen um Verständnis für den deutschen Standpunkt werden wollen. Er hoffe, daß der Ernst der Lage und die Notwendigkeit erkannt würde, die Außenpolitik mit Festigkeit und Besonnenheit zu führen.

Preußens Haushalt 1931.

Der Etat balanciert mit 3,10 Milliarden Mark.

Berlin, 21. November. Der preußische Haushaltsplan für 1931, der jetzt dem Staatsrat vorgelegt ist, schließt in Einnahmen und Ausgaben mit rund 3,10 Milliarden M. ab. Einnahmen und Ausgaben sind damit um etwa 384 Millionen Mark geringer als im Jahre 1930.

Nach Abzug der durchlaufenden Posten, d. h. vor allem derjenigen Einnahmen, die an die Gemeinden weitergegeben werden, verbleiben für den Staat an sich 2,25 Milliarden in Einnahmen und Ausgaben. Auf der Einnahmeseite ist bereits mit einer geringeren Ueberweisung an Reichsteuern gerechnet worden. Die Ueberweisungen sind nur mit 788,8 Millionen statt 878,3 Millionen im Vorjahre angegeben. Auch die Steuerertragnisse sind mit 2,17 auf die schwierigere Wirtschaftslage niedriger eingeschätzt worden, und zwar mit 687,2 gegenüber 783 Millionen im Vorjahre. Die Erparnisse auf Grund der Senkung der Beamtenbesoldung und der Abgeordnetenlöhne werden mit rund 60 Millionen Mark angegeben, mit dem gleichen Betrage der Milderung des reinen Staatsanteils an den Reichsteuereinnahmen. Weiter wird ausgeführt, daß auch die öffentlichen Realsteuern, vor allem die Haussteuer, in ihren Ertragnissen ständig zurückgegangen. Der Gesamtumsatz an Deckungsmitteln mit 125 Millionen berechnete, wozu noch eine Summe von 16 Millionen als unermittelbare Erhöhung des Zinsfußes bei der Staatsanleiheverteilung kommt. Insgesamt war also für 141 Millionen Betrag zu finden. Hierzu wird ausgeführt, daß es nur einen einzigen, die Festlegung der Staatsfinanzen gemäßändernden Weg gebe, nämlich den Umfang der Ausgaben nach dem Umfang der Deckungsmittel zu bemessen. Es sei nicht möglich, den Gehaltsstand des Jahres 1931 durch Erhöhung neuer Einnahmen auszugleichen. Die Notwendigkeit, der deutschen Bevölkerung den Weltmarktpreis anzugleichen und die Beschäftigungslosen der deutschen Volkswirtschaft entsprechend zu lenken, erfordere eine Senkung der öffentlichen Ausgaben.

Weder den Erparnissen bei den Beamtengehältern hat man Gehaltsbedürfnisse und andere wichtige Ausgaben der Verwaltung um 71 Millionen, die einmaligen Ausgaben um 40 Millionen gekürzt, so daß insgesamt der Fehlbetrag von 141 Millionen Mark eingebracht worden ist. Der Ausfall der Gemeinden wird mit Teil durch die neuen Kommunalsteuern nach der Währungsänderung der Reichspräsidenten gedeckt. Diese neuen Steuern ergäben für Preußen voraussichtlich etwa 200 Millionen Mark im Jahre 1931. Im Haushaltsplan wird weiter erwähnt, daß das Reich beabsichtigt, nicht nur die reichspräsidentliche Verpflichtung der Gemeinden zur Erhebung der Bier- und Bürgersteuer zu erleichtern, sondern auch den Gemeinden allgemein das Recht zur Erhebung von Zuschüssen zum Landeshaushalt der Bürgersteuer einzuräumen. Bei den Gemeinden werde ferner die Erparnis aus der Gehaltsentlastung etwa 80 Millionen betragen. Preußen würden bei Senkung der Haussteuer um 3 v. H. im Jahre 1931 noch 291 Millionen Haussteuerertragnisse für Reibendatigkeit mit 582 Millionen für den Finanzbedarf zur Verfügung stehen.

Frid befristet.

Vertrauensantrag für die Thüringer Regierung angenommen.

Weimar, 21. November.

Im Thüringer Landtag wurde am Donnerstag der nationalsozialistische Vertrauensantrag für die Gesamtregierung mit 28 Stimmen der Reichspartei einhelliglich der Deutschen Volkspartei gegen 25 Stimmen angenommen. Ueber die sozialdemokratischen Mißtrauensanträge Staatsminister Dr. Frid und Staatsrat Marzinger wurde auf Antrag der Landvolkpartei zur Tagesordnung übergegangen. Der kommunistische Auflösungsantrag fand keine Mehrheit.

Offkommiffare bei Hindenburg.

Eingetret über die Offiziere.

Berlin, 21. November.

Amlich wird mitgeteilt: Reichspräsident von Hindenburg empfing die Kommissare für die Offiziere, Reichsminister Trevisanus und preußischer Staatsminister Hirtfelder, zusammen mit deren Vertretern Staatssekretär Krüger und Ministerialdirektor Dr. Wilmann zu einer längeren Besprechung über die Arbeit der Offiziere. Die Ausprache, die auch die aus Kreisen der Landwirtschaf für die Durchführung der Offiziere vorgebrachten Anträge und Wünsche umfaßte, ergab Uebereinstimmung in der Auffassung über die für die Offiziere maßgebenden



Grundzüge und die sich hierauf aufbauende weitere Arbeit der Offiziere.

Die Rheinland-Festungen zerstört.

Franklin-Drouillon als Lügner erklart.

Paris, 21. November. Der Auswärtige Ausschuss der Kammer hatte den Abgeordneten Drouillon vor dem großen Kammerforum beauftragt, beim Kriegsausschuss ergänzende Einzelheiten über die Durchführung der saager Abmachungen in Bezug auf die Zerstörung der deutschen Festungen im Rheinland einzuholen. Franklin-Drouillon hatte in seiner großen heftigen Rede die Ausprüche über die französische Außenpolitik die diese Behauptung aufgestellt, daß die rheinischen Festungen nicht zerstört werden seien. Man erwartete daher mit um größerer Spannung die Antwort des Kriegsausschusses, die gelegentlich einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses veröffentlicht wurde.

Kriegsminister Maginot teilt in seinem Brief mit, daß sämtliche in den Verträgen vorgesehenen Zerstörungen durchgeführt sind.

Der sozialistische Abgeordnete G. u. b. a. d. hat, ebenfalls dem Auswärtigen Ausschuss angehört, legte Wert auf die Feststellung, selbst Tardieu habe in seiner großen außerpolitischen Rede erklärt, daß alles zerstört worden sei, was zerstört werden mußte. Es genüge jedoch nicht, so betonte der Abgeordnete, daß der Auswärtige Ausschuss letzterer unterzöge sei, sondern die gesamte französische Öffentlichkeit müsse von dieser Feststellung Kenntnis erhalten. Er legte den Antrag dar, die Antwort des Kriegsministers im vollen Umlauf zu veröffentlichen.

Stotenkapitel „abgeschlossen.“

Die Russenanträge seien unter den Tisch.

Genf, 21. November.

Der Verbrüderungsausschuss des Völkerbundes schloß die Verhandlungen über das Stotenkapitel ab. Er beschloß, die Trennungslinie zwischen Großkampfschiffen und kleinen Panzerfahrzeugen auf 8000 Tonnen festzusetzen. Sämtliche zahlenmäßigen Angaben für die Beschränkung der Stotenkraftungen aus dem Völkerbundsvertrag werden getroffen, um der Konferenz freie Hand zu lassen. Damit seien die Stotenkraftungen abgeschlossen.

Angenommen wurde ferner die Bestimmung des Londoner Stotenkraftungsabkommens, nach der die Decks der Handelschiffe zur Anbringung von Geschützen verklammert werden dürfen. Ein Antrag Lord Cecil's (England) auf Herabsetzung der Stotenkraftungen hinsichtlich der höchsten Wassertiefe von Amerika und Japan. Der italienische Vertreter trat für die gleichmäßige Herabsetzung der Stotenkraftungen aller Stotenkraftungen ein.

Das deutsch-polnische Problem.

Staatssekretär z. D. von Rheinbaben an die „Times“.

London, 21. November.

Staatssekretär z. D. Freiherr von Rheinbaben richtete einen in der „Times“ veröffentlichten Brief an den Herausgeber des Blattes, in dem der bekannte deutsche Außenpolitiker zu verschiedenen Fragen seine Stellung nimmt. Die sich auf die Frage der Grenzrevision im Osten beziehen. Er erklärt u. a.: Als deutscher Politiker, der während vieler Jahre der Ansicht gewesen ist, daß es nach Varna die außerordentlich schwierigste Aufgabe unserer Außenpolitik war, den Versuch zu machen, diese Verträge und gegenseitige Abkommen zu einem modus vivendi mit Polen einschließlich der Aufrechterhaltung der Rechte der Minderheiten zu kommen, der nun aber zu der Auffassung gelangt ist, daß dieser Versuch völlig scheiterte, betrachte ich das deutsch-polnische Problem nun wiederum als ein offenes vor Europa und gegenüber dem Völkerbunde.

Deutschland kann und wird niemals die verfallenen Grenzen im Osten als endgültige Regelung betrachten.

Es erstreckt ihre Revision mit friedlichen Mitteln.

und ich wage zu hoffen, daß in den augenblicklichen und kommenden internationalen Diskussionen das deutsch-polnische Problem als ein wesentlicher Teil einer neuen internationalen Unterredung und Aktion betrachtet werden wird, einer Aktion, durch welche schließlich auch der bisher unbefriedigende Zustand des gesamten europäischen Ostproblems eine bessere Lösung finden könnte.

„Asiatische Methoden in Polen.“

Martering geistlich-tatbolcher Priester.

München, 21. November.

Unter der Ueberführung „Asiatische Methoden in Polen“ veröffentlicht der „Berlinerische Kurier“ eine zuverlässige Uebersetzung des Berichtes, den der ukrainische geistliche-unterschiedliche Bischof Dr. Ivan Wenzlo in Lemberg unter dem 1. Oktober 1930 über seine Untersuchungen der Uebergriffe der polnischen „Strafexpeditionen“ gegen die Ukrainer an das polnische Innenministerium in Warschau gerichtet hat.

Die Feststellungen geben ein erschütterndes Bild der polnischen Barbarei gegen wehrlose katolische geistlich-tatbolche Priester.

In der Stadt Tarnopol wurde die Wohnung des Defens-Bezirkskommandanten. Das Volk eines ukrainischen Vereins wurde ebenfalls verhaftet. Ferner wurden in einer ukrainischen Volksschule und in einer von ukrainischen Schwestern besetzten Pension größere Zerstörungen angerichtet. Nachdem man den Direktor und die Schüler 24 Stunden lang in Arrest hielt, wurden sie beim Verhör gezeuget.

In der Stadt Bialystok wurden dreißig Ukrainer verhaftet und in klerikaler Weise gemartert. Ein Geistlicher in Bialystok wurde schwer geküßelt. Im Dorf Bierzbow hat man das Pfarrhaus zerstört und den Pfarrer, den Schulleiter und mehrere Bauern verhaftet. Weitere polnische Ausschreitungen ähnlicher Art haben sich in Polozko, Wlodezsko und Sacownica zugetragen. Im letztgenannten Ort wurde das Haus des Erzbischofs schwer beschädigt.

Der Dorfpfarrer wurde mit wuchserndem Schwelgen gemartert; als er bewußlos wurde, daß man kaltes Wasser über ihn.

Polenbürger wurden auch in Wisniowacz und Bohawitzo sowie in den Dörfern Supuznica und Denowow geküßelt. Auch hier sind schwere Ausschreitungen gegen die Pfarrer vorgekommen. Bauern und Lehrer wurden verprügelt. Auch vier Gemeinderäte gegen Frauen erschossen die Polen nicht zurück. — Die Verantwortung für den Inhalt des Berichtes übernimmt nach dem genannten Blatt das geistlich-tatbolche Zentralparlament St. Barbara in Wien, Klementz 1.

Aus dem In- und Auslande.

Kommunistischer Ueberfall auf Nationalsozialisten.

Wien, 21. November. Eine etwa 20 Mann starke Sturmabteilung der Nationalsozialisten wurde auf der Rückfahrt von einem Ausmarsch nach Ludwigsdorf in der Nähe der jüdischen Strublingbaraden an der Raasdorfer Straße von einem Trupp Kommunisten und Arbeiterlosen in Stärke von bis zu 50 Mann angefallen, die mit Eisenwerkzeugen und Schlagringen auf die Nationalsozialisten einbrachen. Im Verlauf der sich entwickelnden schweren Schlägerei wurden nach den bisherigen Feststellungen acht Nationalsozialisten verletzt, von denen einer mit lebensgefährlichen Kopfverletzungen in das jüdische Krankenhaus eingeliefert wurde.

Regierungserklärung des neuen Kabinetts Jarpar.

Brüssel, 21. November. Ministerpräsident Jarpar gab im Namen der neuen belgischen Regierung vor der Kammer eine kurze Erklärung ab, in der er ausdrücklich betonte, die Regierung habe den festen Willen, die Sprachenfrage zu lösen; diese Frage liege aber derzeit schwerer, als sie noch Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung selbst hervorgerufen werde. Jarpar sagte allerdings nicht, wie er sich die Lösung der Sprachenfrage denkt. Der Ministerpräsident erklärte weiter, die Außenpolitik werde dieselbe bleiben wie bisher; die Regierung werde aber der Kammer Verordnungsmaßnahmen vorschlagen, um die Sicherheit Belgiens zu erhöhen.

Das englische Gesetz über den Arbeitsstunden.

London, 21. November. Die englische Regierung hat das Gesetz über die Einführung des Arbeitsstunden und der 48-Stunden-Woche in der Industrie laut dem Washington-Büro vom Jahre 1919 veröffentlicht. Das Gesetz enthält eine Veränderung der täglichen Arbeitszeit, wenn das Maximum von 48 Stunden in der Woche nicht überschritten wird. Die Zahl der Überstunden darf 12 in 28 Tagen nicht überschreiten. Das Gesetz gilt nur für Industrieunternehmen, wobei die Eisenbahn und die Kohlenindustrie, für die Sondervereinbarungen bestehen, ausgenommen sind.

Austritt Chiles aus dem Völkerbunde?

Neuwort, 21. November. Nach einer Meldung der Associated Press aus Santiago (Chile) verlässt in Regierungskreisen, daß Chile wegen „als unautonome“ Proteste bei der letzten Wahl von Mitgliedern zum Verfassungsgerichtshof aus dem Völkerbunde auszutreten beabsichtigt. Dabei seien die Kandidaten Chile und Brasilien abgelehnt und die Vertreter Kolumbiens, Kubas und San Salvador's gewählt worden. Chile ist sich am 1. Dezember 1931 als es sich während der letzten zehn Jahre seines Vorkriegszustandes gesehe, das bis besondere Gunsterwartungen gestellt habe.

Hundertachtzig Eingeborene in Tsongking verurteilt.

Paris, 21. November. Nach einer Meldung aus Tsongking hat das französische Kriegsgericht in Bandung 180 Eingeborene abgeurteilt, die nach der Metallverarbeitung einer revolutionären Partei oder kommunistischen Verbänden angehört und an revolutionären Aktionen teilgenommen. Sechs Eingeborene wurden zum Tode, 29 zu lebenslänglicher und 27 zu mehrjähriger Zwangsarbeit verurteilt. Sechs Eingeborene werden in Strafkolonien abgeschickt. Die übrigen erhielten Gefängnisstrafen. Nur 19 wurden freigesprochen.

Kleine politische Meldungen.

Der Besatzungsvertrag in Peru ist nunmehr aufgehoben. Er war seit der Revolution im August in Kraft.

Argentinien's frühere Außenminister verhaftet. Auf Ersuchen der argentinischen Behörden ist der ehemalige argentinische Außenminister Dr. Aguirre verhaftet worden. O'hanrahan wird verhaftet, die Verhaftung betreffender Vergehen bestrafend.

Gefängnis Sulfen nicht gelassen. Amtlich wird mitgeteilt, daß die Meldung, wonach der ehemalige König des Schwedens, Gulden, auf Copenaggen gelassen ist, unrichtig ist. Allerdings ist der Gesundheitszustand Sulfens sehr belagtersehend.

Eine neue Partei gezeugt. Die Besprechungen zur Bildung einer neuen argentinischen Regierungspartei unter dem Vorsitz Silvio Pielagos im Oktober abgeschlossen worden. Die neue Partei wird sich Volkspartei nennen.

Aus der Umgegend

Nebra, 22. November.

— **Rückfisches.** Der Hauptgottesdienst am Antonienplatz muß nach einmal am Nachmittag stattfinden und zwar um 5 Uhr. Im Anschluss daran soll Besuche und Abendmahls gefeiert werden.

— **Stadt-Vischspiel.** Heute abend (Sonabend) gibt es in der „Stadt-Vischspiel“ eine Senation: Zwei Groß-Douffine — also zwei vollständige, jedes für sich abgeschlossene Programm — werden unter Begleitung der Jagen. Beiprogramm in einer Vorstellung abgerollt. Nur durch einen dem Neobraer Publikum zugute kommenden Zufall ist dies möglich. Ueber den einen Großfilm: „Nur Du“ liegen begeisterte Feststellungen von aus allen Städten, wo er zur Aufführung gelangte. Dieser Film klingt und singt, lacht und jubelt, läßt uns mitreden und jubeln, läßt uns die vielen lieben Melodien nachahmen. Denn sie sind hier Trumpf: Melodie, Schläger von Jean Gilbert, Kalls und Nelson. Von einem Dreierakt der Promissen. Das ist Musik! Gratul, an dems die Musikanten, Tanzgenossen, die begeistern. Und der Film ist Tempo und ist Schicksal. Keine Operette, Film — alles in einem. —

Der zweite Groß-Douffine ist ein Harry Hildebrand. Der großen Meister der Kunst spielen so sehr vor bisher für jeden Sinneskörper ein Hochgenuss; jetzt hört man ihn auch sprechen, er verortet die Wirklichkeit. Und das muß eine Senation geben — Wer somit das uns, wie oben bereits gesagt, durch Zufall angeführte Doppelprogramm sehen und einen großen Tag in den Stadt-Vischspielen miterleben will, der veräume diese Gelegenheit bei 2. Sonabend nicht.

— **Die nächste Theaterfahrt nach Gurtz** wird auch von Nebra und Möbelen aus wieder eine rege Beteiligung aufzuweisen haben. Aus dem diesbezüglichen Infertat im heutigen Anzeigenteil ist die genaue Beschreibung der Fahrt und Abfahrtsplan zu entnehmen.

— **Vom Rundfunk.** Es ist ohne Zweifel eine schöne Sache, einen Radio-Apparat zu besitzen, denn der Besitzer eines solchen hat den Vorteil, an gewissen Gemütern oder Art, die im In- und Auslande gehobten werden, teilzunehmen. Die Freude an einem Rundfunk-Apparat ist selbst jedoch, wie seit ältester alle Freude, keine ungetriebene, denn die sonst in allen Sparten so fortgeschrittene Technik hat es bisher noch nicht vermocht, den Rundfunkhörer vor Störungen zu schützen, die in manchen Orten daran lästig werden können, daß der Radiobesitzer daran betweifeln könnte. Selbst der beste Empfangs-Apparat vermag die elektrischen Störungen, die Windpöppel, Kleinmotoren, Kochgeräten-Gelgeräte, Einkläufe aus dem Startformelator usw. verursachen, nicht zu überdecken, es bleibt

fomit nur die eine Möglichkeit offen, diese Störquellenverursacher so weit als möglich nur in einer Zeit in Tätigkeit zu bringen, wenn der Rundfunkhörer für die Mitkommunikation weniger interessante Programmationen ausstrahlt. Die Hauptverursacher sind: an Sonntagen von 11—13, 16 $\frac{1}{2}$ —18, und 19—22 $\frac{1}{2}$ Uhr. Wohl am meisten und häufigsten treten als Störquelle die Hochfrequenz-Gelgeräte auf. Diese Störung macht sich dadurch bemerkbar, daß in unregelmäßigen Zeiträumen ein mehr oder weniger lautes, gleichmäßiges Pfeifen im Funkempfänger auftritt. Gewöhnlich dauert das 5—10 Minuten, dann entleert eine kurze Pause, und das Pfeifen folgt von neuem ein. Während halten die Störungen insgesamte handlung an. — Allen denen, die einen Kochgeräten-Gelgeräten besitzen, ist mitzuteilen, daß es möglich ist, solche Apparate vollkommen störungsfrei auszuhalten durch den Einbau eines besonderen Hochfrequenz-Erhaltungsapparates. Insbesondere ist es darauf hingewiesen, daß erhaltungsgemäß in lange Verweilung das Gegenteil einer Entfernung erzielt, vielmehr dem Kranken schädlich. — Störungen durch das Startformelator treten besonders dann auf, wenn Startformelationen innerhalb des Hauses dicht neben Funkstationen verlaufen oder wenn sich Antennen sehr stark den Hochfrequenzstationen nähern, besonders bei Parallelverlauf. In solchen Fällen tritt im Empfangsapparat bauend ein hartes Summen. Schädliche Schalter, mangelhafte Kontaktstellen oder Verteilungen können ebenfalls Störungen verursachen. Besonders gefährlich sind in dieser Hinsicht Leitungen, die in den Kreislauf der gebunden worden sind. Als besondere Störquelle sind dann noch genannt elektrische Motorenbestände, sondern auch mit Ausnahmestörungen ober mit Schweißarbeiten und elektrische Heizstrahlen mit leitfähigen Wärme-regulatoren. — Wie noch also aus der Reihe der genannten Störungsquellen erhebt, ist nahezu jedes elektrische Gerät insoweit dem Rundfunkhörer mehr oder weniger die Freude zu trüben. Unserem Vorkommnisfähig Beschwerden von Radiobesitzern zu, die ihren Fun in anderen Worten ausdrücken. Im Interesse des allseitigen Friedens wäre es sehr zu wünschen, daß zwischen Besitzern von Störungs-Apparaten und Rundfunkteilnehmern mehr Einverständnis erhebt, mit einander guten Willen läßt sich viel erreichen und schließlich ist es ja auch schön, wenn innerhalb eines Ortsgebietes der Freude so gut wie möglich ist, genährt wird. Radiobesitzer sind heute nicht nur die „Reichen“, sondern auch die „Armen“ haben einen Anteil an Freude und gerade können wir es am allerersten. Diese letzteren aber haben auch das größte Interesse daran, ihr Radio während der freien Abendstunden, die sie ihrer Familie zu widmen in der Lage sind, durch anhören der vielseitigen Darbietungen ausnützen zu können. Möge diese Anregung, die wir auf Wunsch einiger Betheiligter veröffentlicht, dazu führen, daß die Beteiligten bald eine durch eine Aussprache zwischen Störungs-Quellenbesitzern und Funkteilnehmern, vielleicht lassen sich bestimmte Zeiten für Inbetriebsetzung der letzteren festlegen, wobei die letzteren während einiger Stunden des Abends ungehindert ihrer Freude am Radio teilhaftig werden.

— **Ein Dorf ohne Kirmes.** Das Dorf Nöbisch hat seit den vier Jahren des vorigen Jahrzehntes keine Kirmesfeier. Damals wurde nämlich im Nöbischer Gasthof ein Wädel erstanden. Die Folge davon ist, daß nicht nur Nöbisch, sondern auch Gurtz-Geno und Groß-Nöbisch, die zusammen ein Stückspiel bilden, die Kirmesfeier beibehalten entgegen wurde. Als nach einiger Zeit der Gemeinde Nöbisch die Kirmesfeier wieder gestattet werden sollte, lehnte das Dorf von sich ab. Ansofern gibt es in Nöbisch nach heute keine Kirmes, sondern lediglich ein Gottesfest.

— **Gefährdung der ländlichen Siedlung.** Am Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung ist, wie der Landratsrat mittelst, die Bereitstellung besonderer Mittel zur Förderung des Wohnungsbaues im Rahmen der ländlichen Siedlungsmaßnahmen vorgesehen; für 1931 ist der Betrag hierfür nach dem Plan der Reichsregierung auf 40 Millionen RM. bemessen. Dem Vernehmen nach ist die Bereitstellung von Mitteln in dieser Art sich noch gering bemessenen Höhe für die ländliche Siedlungstätigkeit gefährdet. Der Deutsche Landratsrat hält aus national- und bevölkerungspolitischen Gründen die Maßnahme der Reichsregierung, gerade die ländliche Siedlung mehr als bisher tatkräftig zu fördern, für dringend erforderlich und ist gewillt, sie nach Kräften zu unterstützen.

— **Artern.** Seine Nachbarn mit Gurtz. Die an der Strecke Gurtz—Artern gelegenen Ortsteile hatten eine Eingabe an die Eisenbahndirektion Gurtz gerichtet, in der die Wiederherstellung des Radwegen auf Gurtz 28.54 vier gewünscht wurde. Mit der Begründung, daß nach den Beobachtungen dieser Junge immer nur sehr schwach Befehl gewesen sei, ist in Aussicht auf die ungenügende Förderung der Radwegen die Eingabe abgelehnt worden. Die Gemeinde Nebra. Ein einseitiges Einreden (seitlich) sich vor kurzer Zeit ein besserer junger Würde. Nach seiner Beauftragung schickte er sich im Laufe, einer lebhaften Munde den Kopf abzugeben, was eine Wackelmauer zur Folge hatte. Tatsächlich wurde im Kreis-Verband, wo die Sache sich abspielte hat, eine feste Mauer angefangen und es erbrachte der Betreffende den Beweis für seine Beauftragung. Darauf nach er abschied mit gutem Appetit kein ungewöhnliches Mittagessen ein.

— **Naumburg.** Freunde... Man hat im Zuge Die junge Dame und der junge Mann. Man hat sich angefreundet. „Ich freue mich am Köln“, sagte sie, „meine ganzen Jugenderinnerungen sind mit Köln, mit dem Dom, der Rheinbrücke verflochten.“ Er sah sie melancholisch an. „Doch Freude nicht eine Entscheidung, das ist meine Freude.“ „Doch“, sagte sie, „bei mir kaum.“ „Ach, nach Köln und hin froh und dachte nicht an Entscheidung.“ „Trotzdem, trotzdem. Sie liegen nämlich in dem Zuge nach Dresden.“

— **Merseburg.** Der Kreistag bewilligte die Ueberführung des Wohnplatzes um 700 000 RM. Zur teilweisen Deckung dieses Preisübertrages sollte die Kreisumlage von 40 auf 60 Prozent erhöht werden, während 400 000 RM durch kurzfristige Anleihen beschafft werden sollten. Wie die Stimmen der überlegenen Parteien zeigen, der Kreistag wurde die Minderheit des Kreisratsplanes abgelehnt, obwohl der Kreistag 28/31 darauf hingewiesen hatte, daß bei der Einlegung des Staatsanwaltes und die Zwangsversteigerung zur Folge haben würde.

— **Leipzig.** Tänzerin erschließt ihren Freund. Auf der Rückfahrt von einem Automobilschlaf hat eine Schützengilde-Ordnung eine Tänzerin, die alle aus Halle gehörige Tänzerin Koch ihren Freund, den 18-jährigen Kaufmann Ehrhard, im Führer seiner Kreiswagen durch Revolvergefecht getötet. Die Täterin stellte sich selbst noch in der Nacht der Leipziger Kriminalpolizei. Sie gab an, seit etwa einem halben Jahr habe sie sich mit dem Gehilfen getraut, mit Ehrhard, gemeinlich zu sprechen. Ehrhard habe ein großes Haus geführt, und sie

habe ihn mit Gefährten unterirdisch gefangen. Wie sie sein Geld mehr beschaffen konnte, habe sie sich entschlossen, die Tat auszuführen. Sie habe schließlich auf mehr von ihm gebohrt, nach Ablauf einer Zeit habe er sich ergeben und habe die Wäsche, sich selbst zu erlösen, auszuführen.

Wetterkarte. Die geladene Betriebsunternehmung auf den Altmarken, von der schon mehrfach die Rede war, ist nun zur Tatfache geworden. Es sind zunächst etwa 120 Mann der Belegschaft eingestellt worden. Wie es heißt, stehen weitere Einstellungen Anfang kommenden Jahres bevor.

Magdeburg. Der preussische Haushalt enthält u. a. folgende Anforderungen: Am Haushalt des Bundesministeriums sind 8000 RM für Unterhaltungszwecke bei den staatlichen Haushalten in Meiningen und Königsberg vorgesehen. — Am Haushalt des Justizministeriums werden als Ergänzungsbetrag für den Um- und Erweiterungsbau beim Amtsgericht in Magdeburg im Betrage von 100 000 RM, zur baulichen Veränderung im Amtsgericht in Eule 47 000 RM und zur Unterbringung der Justizbehörde in Torgau ein Ergänzungsbetrag von 9 000 RM und für Umbauarbeiten im Amtsgericht Potsdam 10 000 RM als Ergänzungsbetrag für die Ausstattung des Justizministeriums werden für die Universität Halle als erster Teilbetrag für die bauliche Erweiterung der Augustinikirche 90 000 RM angefordert, für bauliche Instandhaltung im Botanischen Institut der Universität 15 000 RM, für Neubau der Bibliothek in Halle 37 000 RM und für die Pädagogische Akademie in Erfurt 693 000 RM als letzte Teilbeträge angelegt. — Am Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung werden 180 000 RM als letzter Teilbetrag für die Errichtung eines Verbindungsbauwerkes in Halle angefordert, ferner 24 000 RM als Ergänzungsbetrag für die Errichtung eines Bepflanzungsaufbaues in Nordhausen. — Am Haushalt der Geflügelverwaltung sind 20 250 RM für den Neubau eines Zuchtstalles und 20 000 RM für den Umbau der Geflügelverwaltung im Bismarckpark in Halle angefordert. — Am Haushalt der Bergverwaltung wird für die Bergbauverwaltung in Glatz 44 000 RM als Zuschuß von 769 000 RM angefordert, für die weitere Ergänzung ihrer Instrumente und Apparate werden außerdem 54 000 RM bei den einmaligen Ausgaben angefordert.

Magdeburg. Zu der Meldung eines Berliner Blattes über die beabsichtigte Verlegung des Bundesvorstandes des Reichstages nach Berlin erfahren wir, daß es sich zunächst nur um den Verlegung des Reichstages für die Reichstagsversammlung nach Magdeburg verhandeln, als daß es eine baldige Verlegung des Sitzes des Bundesvorstandes zu denken sei.

Deſſau. Von einer Mauer erschlagen. In der Zunderbürger Gasse wurden zwei Arbeiter von einer einfallenden Mauer erdrückt. Der Arbeiter *W. L.* ist schwer verletzt, während der Arbeiter *S. S.* in einen lebensgefährlichen Zustand im Krankenhaus überführt. Die Ursache des Einsturzes ist noch ungeklärt.

Aus Nah und Fern.

Alteich. Raubüberfall im Markbrosch. Zwei etwa zwanzigjährige junge Burthen drangen in das Haus eines Fischlers und fragten die Frau, ob ihr Mann zu Hause sei. Als diese die Frage verneinte, führten sie sich auf die Wehrlose, festelten sie an eine Tür und verstopften sie mit dem Hand. Dann warfen sie alles im Hause durcheinander, durch den Vorfall wurde die Frau sehr verletzt. Geld und Weizen, erbeuteten aber nur etwa 80 Mark Bargeld. Es gelang den Ehegatten, in der Dunkelheit mit ihrer Beute zu entkommen.

Treptow an der Rega. Ein verheerendes Großfeuer. In der Kolberger Vorstadt entstand in einer Scheune ein Feuer, das sich infolge des heftigen Windes mit rasender Geschwindigkeit ausbreitete, bald in kurzer Zeit 20 Scheunen und 20 Gebäude in Flammen überhüllte. Die Feuerwehr fand dem wütenden Element nachlos gegenüber und mußte sich darauf beschränken, ein weiteres Umsichgreifen zu verhindern. 16 Weiser sind von dem Schadenfeuer betroffen worden und haben die Vernichtung von sehr großen Getreidevorräten und wertvollen landwirtschaftlichen Maschinen zu beklagen, das Viehstomte zum größten Teil gerettet. Als Entstehungsursache des Großfeuers wird Brandstiftung vermutet.

Königsberg. 44 neue Häuser in Ostpreußen. Nach nahezu völliger Abflutung des Zugzuges von Neubauern für dieses Jahr ergibt sich, daß die Ostpreussische Landesgenossenschaft zwischen dem 1. Januar und dem 10. November 1930 1100 Neubauern auf Schloßgebieten angelegt hat. Bedeutend mehr als zum Vergleich 23 Schloßgebiete müssen als eine Dorferhebung, so sind im Jahre 1930 44 neue Dörfer, insgesamt aber 253 Dörfer bisher von der Ostpreussischen Landesgenossenschaft geschaffen worden.

Hamburg-Wilhelmsburg. Maria an Bord. Im tiefsten Hafen traf der norwegische Dampfer „Angur“ ein. Wie die Schiffstellung mittelst, waren auf der Fahrt von Bessafria verheerende Witterung der Besatzung an Maria erkrankt. Die von den zukünftigen Stellen vorgenommene Untersuchung ergab, daß sich ein Bord ein Toter und mehrere Schwerkranken befanden.

Hörmum auf Selt. Der erste Mensch. Hörmum an der Südpole der Insel Selt, wiewohlger Kudeppel für Sommerfrischer, hat dieser Tag eine Genialität erlebt: die Geburt des ersten Menschen. An dem Ort, der sich rühmen kann, daß er die Kente Schule im Deutschen Reich besitzt, habe bisher noch kein Mensch das Licht der Welt erblickt. Bei Hausmeister Jacob Peteren Hansen ist nunmehr dieses große Ereignis eingetreten. Waffel Treppen aus Westerland soll die Taufe und damit überhaupt seine erste Amtshandlung in Hörmum.

Karlsruhe. 15 Jahre Zuchthaus wegen Unterschlagung. Das Karlsruhe Zuchthaus für die anhängige Verhandlung des Urteils gegen den Kaufmann Franz Schneider aus Marzell, der unter der Vorlage des Verdachtes an dem Fischereierbiere Braun stand. Der Angeklagte soll vor Jahresfrist den Brauer erschossen und befristet zugewiesen haben. Das Gericht erkannte gegen den Angeklagten wegen Unterschlagung auf 15 Jahre Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren.

Raubüberfall in Wittenberg

24 500 RM erbeutet

Wittenberg. Zwei Posträuber, die sich auf dem Wege zur Reichsbank befanden, um die überschüssigen Gelder des dortigen Amtes zu überbringen, wurden Donnerstagmorgen von vier Unbekannten in der Nähe der Reichsbankfiliale überfallen und trotz heftiger Gegenwehr ihrer Geldbörse mit 24 500 RM Inhalt beraubt. Die Verbrecher wurden in einem Kampfe gegen die Wache Nr. 13 erfaßt, unversehrt und in die

Kommen. Als die inzwischen alarmierten Reichsbankbeamten hinzukamen, hatte der Wagen der flüchtigen Räuber bereits mehrere hundert Meter zurückgelegt, so daß die Schüsse der Beamten ohne Wirkung blieben. Der Wagen folgte die Richtung Berlin ein.

Das Auto der Wittenberger Gelährer gefahren. Berlin, 20. Nov. Das von den Gelährern in Wittenberg benutzte Auto ist am Donnerstagherrenlos aufgefunden worden. Der Straßmann setzt noch die Spuren der eingeschlagenen Geschosse.

Doppelfeldmord in Cottbus.

Cottbus, 21. November. Die 48jährige Frau St. beging während des Kirchenbesuches ihres Mannes gemeinsam mit ihrer 35jährigen Schwester Selbstmord durch Einatmen von Phosphor. Alle Bemühungen, die beiden Frauen wieder ins Leben zurückzuführen, waren ergebnislos. Als Grund für die Tat wird Schwerkrankungen angenommen.

Hochbahnunfallmorgen in Hamburg.

Hamburg, 21. November. In der Hochbahnstation Fuhlsbüttel ereignete sich ein Zusammenstoß zweier Hochbahnzüge. Der Zusammenstoß war so heftig, daß die Stirnwände der zusammengefahrenen Wagen zerklüftet wurden und die Fensterhebel zertrümmert, wodurch etwa 15 Fahrgäste verletzt wurden.

Riefige Benzineplosion.

Braunschweig, 21. November. Auf dem Gelände der rufmähigen Petroleumraffinerie *It. Romana* bei Hiesfeld brach ein Schadenfeuer aus, wodurch ein großes Petroleumreservoir mit etwa 5000 Litern Benzin explodierte. Personen sind nicht zu Schaden gekommen; der Sachschaden dürfte über eine Million Mark betragen. Der Brand dauerte noch an, so daß die Beseitigung einer Bank erstrebt wurde, obwohl jegliche Gefahr als beseitigt gelten darf.

Zwischenlandung der Do. X in Sautlander.

Sautlander, 21. November.

Das deutsche Flugzeug „Do. X“ ist am Donnerstagnachmittag 3 Uhr im hiesigen Hafen gelaufen, um eine Pause in den Flug nach La Coruna einzulegen.

Das Flugzeug war am Sonntag um 11:40 Uhr mit 15 Passagieren an Bord in Bordung gestartet. Um den Weg nach La Coruna abzukürzen, flog zunächst „Do. X“ lange Zeit über Land. Das Wetter wurde bald ungünstig. Es kam starker Gegenwind auf. Leber dem Golf von Biscaya wurde der Wind zum Sturm, und es regnete. Um 3 Uhr ging man die Maschine in der großen spanischen Bucht nieder. Der Pilot war ursprünglich als Kaufmann in Aussicht genommen und hatte an Dr. Dornier nach Bordung eine Abordnung gefandt mit der Bitte, auf dem Wege nach La Coruna eine Zwischenlandung vorzunehmen. Der Wetterflug nach La Coruna wird im Laufe des Tages erfolgen.

Wirbelsturm in Oklahoma.

40 Todesopfer. — 100 Verletzte. — Tempert, 21. November.

Die Stadt Delsham im Staate Oklahoma wurde von einem furchtbaren Wirbelsturm heimgesucht. Die Zahl der Toten beträgt bis jetzt 40. Die Sturmflut tropie erwies sich als weit verhängnisvoller als man anfangs annahm. Unter den Trümmern der zusammengebrochenen Häuser wurden außer den 40 Toten meist über 100 Verwundete fest vorgezogen. Die Stadt Delsham ist vollkommen vernichtet. 200 Gebäude sind in Trümmer gelegt. Das Schulhaus im nahen Dorfe Camel brach zusammen. Das Dorf wurde wie mit einem Wasser abgewaschen und in die Höhe geweht. Zwei Schüler kamen ums Leben. Der Landrat war mit einem Wundenbruch beglückt. Die Straßen lagen bald über einen halben Meter tief unter Wasser, so daß das Rettungswerk erschwert wurde. Drei Kompanien der Nationalgarde wurden nach Oklahoma entsandt.

Kleine Chronik.

Ein belgischer Dampfer gesunken. Auf der Schelde bei Antwerpen ramnte ein englischer Dampfer einen belgischen Dampfer, der Zigarette geladen hatte. Der belgische Dampfer sank innerhalb zwei Minuten. Fünf Mann der Besatzung fanden den Tod in den Fluten.

Schwedischer Dampfer bei Newfoundland gesunken. Der belgische Dampfer „Oxibola“ hat durch Sturmdruck mittelgel, daß er sich 400 Seemeilen südlich von Kap Race in sinkendem Zustande befand. Der Dampfer „Mauritania“ eilte ihm zu Hilfe und nahm die Besatzung an Bord.

Schwedischer Flugzeug mit tödlich abgeflahrt. Bei Flugzeug bei Schwidowen stürzte ein Militärflugzeug ab. Der Führer des Flugzeuges, Piloteramtant Sandegard, wurde auf der Stelle getötet.

Besselfarten in Eeningrad. Die Eeningrader Sowjets haben beschlossene, Karten für den Bezug von Zepfen einzuführen. Jedem Bürger der Stadt stehen nach diesem Kartensystem monatlich 1000 Gramm Mehl zu.

Durch Kohlenexplosion verunglückt. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in einem Arbeitshaus in Marners bei Le Mans. Aus einem Dorf, der neben dem Schlafraum einer Reihe der Penionen stand, waren Kohlenbergwerke entworfen und hatten schließlich durch die Luftzufuhr Zugang zum Schlafraum gefunden. Als die Arbeiter am Morgen in den Raum kamen, fanden sie vier der Inulassen tot in ihren Betten auf, während eine Reihe anderer mit schweren Vergiftungserkrankungen in ein Krankenhaus überführt werden mußte.

Die Flugzeugschmader der Alkohol-Schmugler. In Detroit beginnt in Kürze ein Miesprozess gegen zwei Schmuglerbanden, die seit Jahr und Tag ungeheure Alkoholmengen in Flüßzeugen von Kanada nach den Vereinigten Staaten eingeführt haben. Von den insgesamt 30 Flüßzeugen über die die Schmugler verfügten, konnten zwölf beschlagnahmt werden.

An der portugiesische Küste gestrandet ist der englische Dampfer „Highland Hope“. Die Passagiere wurden gerettet, das Schiff ist verloren. Es war ein neues Schiff und ist der erste große englische Motor-Dampfer, der verlorenging. Die Passagiere erwarnten durch den Stof beim Anlaufen auf die Küste der Gaviotto-Ben und eilten nur nachdrücklich beistehen, an. Dies. Es begab sich, ohne daß eine Bank entstand, in die Rettungsboote. In Nord befanden sich nach den letzten Meldungen 17 Passagiere, 23 Auswanderer und 140 Mann der Besatzung. Das Schiff liegt sehr unglücklich auf einem Riff und gilt als verloren. Es sind fünf händig weiter. Der deutsche Segler „Serefa“ hat die ersten Silberfische aufgefanden. Die Gewinnerziehung des

Seglers und der Seelage betraut sich auf annähernd dreißig Millionen Mark.

Schwerer Sturm auf dem Jonischen Meer. Ein schwerer Unwetter, das 48 Stunden lang an den Küsten des Jonischen Meeres tobte, hat in Syrakus und Umgebung schwere Schäden angerichtet. Mehrere Fischerfahrzeuge sind vor der Feuerschiffung gesunken. Ein Schoner (französisch) in der Nähe von Syrakus, wobei der Kapitän und zwei Matrosen ertranken. Auch auf den Inseln hat das Unwetter große Sachschäden angerichtet.

Staßfurt der Not.

78 920 Wohlfahrtsereverbände in den kleinen Städten.

Berlin, 21. November.

Nach den Ermittlungen des Reichsstatistikbundes ist die Wohlfahrtsereverbändezeit im Oktober gegenüber dem Vormonat in den kleinen Städten wieder um 9,5 Prozent gestiegen. Für Ende Oktober meldeten 1133 Städte bis zu 25 000 Einwohnern 73 510 laien in offener Fürsorge unterjährig Wohlfahrtsereverbände oder 10,7 auf 1000 Einwohner und 5410 Fürsorgearbeiter oder 0,8 auf 1000 Einwohner. Insgesamt wurden also Ende Oktober 78 920 unterjährige Wohlfahrtsereverbände oder 11,5 auf 1000 Einwohner zrmittelt.

Wahenb-Betterbericht der Th. K.

Bearbeitet von der Bundesmeteorologische Delegation.

Die in den letzten Tagen unter Schnee und Regen von England nach Polen durchgezogene Erdring hat ihre Bedeutung verloren. Wetterberichten ist nun das vor Irland liegende Tief. Dem starken Druckfall zufolge wird es sich auf der über die Ostsee stehenden Temperaturzone und Windblende auf relativ flacher Breite nach Osten fortbewegen. Es führt an seiner Südseite erhebliche wärmere Smeantluft nach Mitteleuropa, die an der dortigen weniger warmen Luft aufsteigt, und so die Regenintensität immer anläßt. Das Tief zeigt heute einen gewissen Westwind auf der amerikanischen Küste des Ozeans, so daß wir voransichtlich mehrere Tage mildes Wetter erhalten werden.

Instituten: Vorabend hebt, neue Wiederholungs mit Unterbrechungen, anhaltend mild.

Nebraer Sportvereinigung 1924.

Am Samstag schloste die N. S. V. 24 vier Mannschaften ins Treffen. Im Quartier spielten die Schüler gegen die Schüler B. F., die allerdings mit der Jugend verliert war, und erlitt eine Niederlage von 8 : 1. Zoren. Auch die 3. Mannschaft mußte sich gegen die Duesenerer Junioren mit 0 : 2 beugen. Zu berückichtigen ist, daß unsere Bewerber nur mit 9 Mann antraten. In der 1. und Junioren-Mannschaft wollten beim 2. F. A. Wetzen, während die Junioren einen 8 : 1-Sieg über die gleiche Mannschaft von Birmen erringen konnte, blieb aber die 1. gegen Artem I. mit dem gleichen Resultat auf der Strecke. Dies Resultat besagt nun nicht etwa, daß Artem besser war als unsere Mannschaft. Artem hat ihren Erfolg nur dem Zufall zu verdanken, daß das Glück auf ihrer Seite hand. Selbst Artem mußte zugeben, daß wir indoganz auf Tedeht innen ein ganzes Stück voraus waren. Erheblicher Teil an der Niederlage ist zweifellos dem Schiedsrichter selber dem B. A. Artem zu verdanken, denn seine Entscheidungen gegenüber Nebra riefen selbst bei seinen dem Spiel beizwohnenden Vereinskameraden Widerspruch hervor.

Das Damenhandballspiel gegen Wehlenfelds fiel wegen unglücklicher Witterung aus. Am kommenden Sonntag finden auf dem N. S. V. -Sportplatz 2 Spiele statt. In der 1. spielt gegen die 8. von U. A. Wetzen. Die 05-Mannschaft ist ebenfalls Heimmeister in unserer Klasse im Nebraer Bezirk. Aufstrebend spielt im fälligen Verbandsplatz unter 2. GF gegen unsere 8. GF.

Neue Bücher.

Paul Keller

Der Esel Willam

Roman. In Halbesee gebunden, 3,50 RM. Volksverband der Buchfreunde, Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2.

Doch kann einem Deutschen ist keine der Name Paul Keller noch unbekannt. Fünf Millionen Exemplare seiner Bücher sind bisher verkauft und in ein Duzend fremder Sprachen übersetzt worden. Der Anstalt dieses großen deutschen Dichters vom Dorsingen zum geistigen Führer, zum besten Vermittler des Ideal-Menschlichen hat er ein Wort beibringen. Er der Sohn des armen Schmittrobenländers, der mit Vater und Mutter in Elmsingen die Dorfer des Schweidnitzer und Waldenburger Kreises auf Grundstift abtuh, ahnte nicht, daß dreißig Jahre später seine Werke von Millionen und Übermillionen gelesen werden würden. Das Bistliche und Wertvolle des besehriebenen Werkes ist aber wahre Humor, der Erbdenphorie und Erdenbeil in strahlenden Licht und Sonne zu verdichten vermag. Ein neues B. d. V. Buch ist immer eine gute Lebensführung. Abwärts auf politischen und professionellen Streitfragen finden in dem literarisch hochwertigen Sudprogramm dieses ältesten Bundesverbandes nur losdereigene Aufnahme, die über den Alltag hinaus einen künstlerischen Wert und eine geistige Bedeutung repräsentieren. Daher wird auch die literarische Arbeit des B. d. V. heute von allen Seiten anerkannt und das Werden neuer Anhänger von allen Schichten der Bevölkerung eifrig gefördert. Diese läßt erleben Tatkraft ist ein überzeugender Beweis für das geistig unvermindert stark gebende Interesse jenseits Volk.

Das Klima eines Landes ist bestimmend für seine kulturelle Entwicklung. Niemand bestritt heute mehr die Wahrheit dieses Satzes. Der beste Beweis dafür ist wohl die Weltgeltung Europas, das zum größten Teile der gemäßigten Zone angehört. Freilich bringt die gemäßigste Zone, besonders die nördlichste Breite, auch Unannehmlichkeiten. So haben gerade die Gefahr des Erfrierens. Man spricht heute beständig von der Erfrierungsgefahr geradezu von einer Gefahr der Menschheit. Händischgewerkte hat der erfinderische Menschengeist aber ertragen. Schweiß und Seidmische gefunden. Das Bekleidende hat wohl die ersten „Menschen-Strickwaren“, die besonders in Deutschland geradezu ein Volksmittel geworden sind und es auch Menschen mit empfindlichen Anzugsorganen ermöglichen, ohne jegliche Gefahr für ihre Gesundheit über die raue Jahreszeit hinwegzukommen.

Kirchliche Nachrichten

Toten Sonntag, den 23. November 1930.

Sonntagsruhe; Lehre und bekennen, daß wir sterben müssen, auf daß wir flug werden. (Psalm 90, Vers 12.)

12 Uhr: Bismarckdenkmal für die weitere Vertiefung im Gemeindefeld.

2 Uhr: An dem Denkmal für die weitere Vertiefung im Gemeindefeld.

5 Uhr: Hauptgottesdienst in der Kirche. (Gemischter Chor, Predigt über Offenbarung Johes. 7, 9-17.)

Anstaltliches Gedächtnis und Festliches Abendmahl. Abmeldung werden am Sonntag in der Kirche erbeten.

7 Uhr, abends 8 Uhr: Wiltionsstunde im Gemeindefeld. Freitag, abends 8 Uhr: Jungmännerverein im Gemeindefeld. Gestalt wurde am 16. Nov. Otto Raitz Gefüh.

Wie es England in den Stram paßt.

Lord Robert Cecil und die Abrüstungsfrage
Genf, 18. November.

Lord Robert Cecil fuhr vor der internationalen Presse seine widerprüchliche und von zweifelhaften Seiten her angegriffene Haltung in den Genfer Verhandlungen zu rechtfertigen. Er bestritt trotz des öffentlichen Zusammenbruchs der Arbeiten des Abrüstungsausschusses die Ergebnisse der Beratungen als höchst befriedigend. Die Deutschland auferlegte Methode der direkten Verminderung des Kriegsmaterials ist unpraktisch und für 50 Staaten unbrauchbar.

Den offenen Widerspruch zwischen der Haltung der englischen Regierung in den Abrüstungsfragen auf der Londoner Konferenz und dem von ihm selbst in Genf eingenommenen Standpunkt in der Landabrüstungsfrage tat Lord Robert Cecil mit der Bemerkung ab, daß eine indirekte Verminderung der Rüstungsanlagen möglich sei, für die Landabrüstung jedoch lediglich eine Verminderung der Heeresausstattung in Frage komme. Er erklärte ferner, der Völkerbund werde im Januar zu entscheiden haben, was die Abrüstungskonferenz zumutbaren könne. Das allgemeine Abrüstungsabkommen müsse für sämtliche Staaten angenommen werden.

In deutschen und vielfach auch in zentralen Kreisen ist die Haltung Lord Robert Cecils in den Abrüstungsverhandlungen auf starken Widerstand gestoßen. Man weiß darauf hin, daß sein Verhalten in diesem Widerspruch zu der Erklärung steht, die der englische Außenminister gegenüber in der Septemberabstimmung über die allgemeine Abrüstungspolitik der englischen Arbeiterregierung abgegeben hat. Tatsächlich hat Lord Robert Cecil in diesen Tagen mehrfach dazu beigetragen, daß die Mehrheit des Abrüstungsausschusses die letzten Verträge, die grundsätzliche Frage der Abrüstung im Abrüstungsabkommen zu klären, abgelehnt und ausschließlich die französischen Pläne angenommen hat. So sind nur also mit Hilfe des englischen Regierungsvertreeters die letzten Verträge abgeschlossen, ein Abrüstungsabkommen ausgearbeitet, das wenigstens in einigen Punkten die Grundlage der kommenden Abrüstungskonferenz bilden könnte.

und Frankreich „rüstet ab“ ...

Aushebung der Dienstpflicht der eingeborenen Soldaten.
Paris, 18. November

Die französische Regierung hat jedoch durch ihren Oberkommissar in Kamerun einen Erlaß veröffentlicht, der im Augenblick der Genfer Abrüstungsabmachungen besondere Bedeutung gewinnt und wieder einmal beweist, daß die Abrüstungsabmachungen, zu deren Sprecher sich Frankreich aufstellt, eine wahre Utopie sind.

In dem Erlaß wird herangezogen, daß im Interesse der Verteidigung oder bei inneren Zuständen jeder ehemalige Eingeborenenoldat, der seinen Militärdienst hinter sich hat, verpflichtet ist, noch auf die Dauer von 15 Jahren als Reservist zu dienen. Derselben ehemaligen Militärangehörigen, die bereits drei Jahre Dienst oder mehr hinter sich haben und eine Entlassungsprämie oder Pension erhalten, müssen nach dem 15. Jahr ihrer Dienstzeit nochmals zehn Jahre als Reservist dienen tun.

Oeffentliche Steuermahnung.

Die am 15. d. Mts. für den Monat November d. Js. fällig gemessene Grund- und Gewerbesteuer, Grundbesitzsteuer und Gemeindefiskal zur Grundbesitzsteuer, sowie die Gewerbesteuer nach dem Ertrage und nach dem Kapital für das III. Vierteljahr 1930 sind nunmehr binnen drei Tagen an die Stadtfeuerkasse zu entrichten.

Eine Verhinderung von Mahngeldern findet nicht statt. Bei Nichtzahlung wird der entstandene Schuldbetrag gegebenenfalls im Wege der Zwangsvollstreckung eingezogen werden.

Hebra a. U., den 20. November 1930.

Die Stadtfeuerkasse.

Wird veröffentlicht.

Der Magistrat.

Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof

Heute (Sonabend), den 22. November, abends 8.15 Uhr:

Zwei Riesen-Tonfilme.

Unser Programm überbietet alles bisher Dagewesene!

Der große deutsche Neues-Operetten-Tonfilm:

Nur Du!

Eine 100%ige Tonfilm-Operette,

die folgendermaßen nicht wieder löslich, durchzuführen mit mitsprechender populärer Schallplattenmusik mit der Pracht seiner unehdlichen Aufmachung und Ausstattung, voll Tempo, Witz, Charm — eine schon prächtigere Bilder, Kette humorvoller Dialoge — eine Szenenfolge von Parodien, Verfilmen höchst erfrischter Beliebtheiten und pikanten Neuheiten.

Die Hauptdarsteller — Ihre Lieblinge:

Charlotte Amber, Walter Jannsen, Marianne Wintelfter, Anita Dorris, Felix Schulz, Paul Wozgan, Herm. Valentin, Paul Hörbiger u. a. m.

Als zweiten Tonfilm-Schlager

Garry Viehle in dem Tonfilm-Zuflüchtel:

Delikatessen.

Mit ihm sprechen und singen

die allerbekanntesten Ernst Berendes, Hans Junkermann; ferner die feinsten Georgia Eibig und Daniela Barata.

Zum „Delikatessen-Gesellschaft“ bis zum „Kabarett zum grünen Papagei“ reicht Lieblich Herrlichkeit über alle Frauen. Man hört in diesem eleganten Kabarett u. a. den neuen Schlager:

„Es muß nicht Monna sein mit Monna, Man kann auch glücklich sein bei Dazler Käse.“

Verkaufe niemand, sich dieses überaus reiche, unterhaltende Programm anzusehen.

Numerierte Blätter: Vorverkauf bei Max Wozganbart.

Der Oberkommissar der französischen Republik in Kamerun hat das Recht, die Reservisten zu mobilisieren, wenn es die Innen- oder Außenpolitik verlangt, oder aber zu den jährlichen Reservistenübungen auf die Dauer von 23 bis 17 Tagen, ausgenommen hieron sind nur diejenigen ehemaligen Soldaten, die als Familienväter mindestens vier Kinder haben.

Der Reparations-Wahnsinn.

Ein Waffensiegel.

Stoßheim, 21. November.

„Ewenka Dagbladet“ beschäftigt sich in einem Leitartikel mit der Tributfrage und ihrer Verbindung zur Weltwirtschaftskrise. Die schwedische Zeitung kommt zu dem Ergebnis, daß

der Weltmarkt nur durch die Deutschland aufgezwungene Ausfuhrbegrenzung gestützt werde. Vor dem Kriege habe Deutschland eine Milliarde mehr vertraulichen können, als es erzeugt habe, während es jetzt drei Milliarden mehr erzeugen müsse, als es verbrauche. Dieser tiefe Unterchied müßte auf die Länder zurückfallen, mit denen Deutschland in Handelsverbindung steht. Die Zeitung führt folgendes Beispiel an: In einem Land, das von Deutschland jährlich für 84 Millionen Mark Reparationen entgegennimmt, wovon 20 Millionen in bar bezahlt werden, stellt man sich auf dem Bahnhof der Hauptstadt einen Lokomotivpark von 30 hypermodernen Schnellzuglokomotiven vor.

Diese Lokomotiven haben dort bereits seit einer ganzen Reihe von Jahren gestanden, können aber infolge des fehlenden Schienenetzes in dem betreffenden Lande nicht verwendet werden.

„Ewenka Dagbladet“ betont zum Schluß noch einmal, daß die normale Entwicklung in den meisten Industrieländern durch die unvernünftigen Reparationen gestört wird.

Rücktritt Pilsudskis?

Warschau, 20. November.

Dem „Kurier Warszawski“ zufolge trägt sich Marschall Pilsudski angeblich mit der Absicht, für einige Zeit die Regierungsgeschäfte niederzulegen und sich zur Erholung ins Ausland zu begeben.

Da im Sejm nunmehr eine Regierungsmehrheit vorhanden ist, wird angenommen, daß der Marschall seine Absicht, sich zurückzuziehen, jetzt in die Tat umsetzen werde. Wie verlautet, soll die erste Sitzung des Sejm erst am 9. Dezember gleichzeitig mit der Eröffnung des Senats stattfinden.

Stalin bleibt Sieger.

Bucharin unterwirft sich. — Interaktion der Opposition.
Moskau, 21. November.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat sich der ehemalige Vorsitzende der kommunistischen Internationalen, Bucharin, der geistige Führer der Rechtsopposition, in einem Schreiben den Beschlüssen der Parteiführung unterworfen. Im dem Schreiben an das Zentralkomitee gibt Bucharin zu, daß er die Beschlüsse des letzten Parteikonferenzen missbraucht und versucht habe, innerhalb der Partei eine neue politische

Fraktion zu bilden, um die Partei zu zwingen, einen neuen Kurs einzuschlagen. Er bittet die Partei, ihm seine Fehler zu vergeben, er werde sich sämtlichen Beschlüssen der Parteiführung unterwerfen. Er ist außerdem bereit, der Zentralkomiteefraktion der kommunistischen Partei weitere Mitteilungen über seine Beziehungen zu der Rechtsopposition zu machen.

Bucharin verurteilt jedoch jeden Angriff auf die Parteieinheit und erkennt die Notwendigkeit eines scharfen Kampfes sowohl gegen alle Abweichungen als auch vor allem gegen die nachlässige Haltung zu diesen Abweichungen. Eine besondere Gefahr erblickt er in dem „rechtslinken“ Aktionsprogramm. Sämtliche von der Partei gegenüber den Oppositionsführern eingeleiteten Maßnahmen erkennt Bucharin als richtig an und spricht sich für eine Fortsetzung des Kampfes gegen jede Fraktionsmäßigkeit aus. Er liehe voll und ganz auf dem Boden der Partei und lege eine Verabschiedung des Parteifunktionärs sowohl innerhalb der Sowjetunion als auch in der übrigen Welt als notwendig an.

Stalin hat zur Konsultation Bucharins erklärt, daß dieser Schritt nicht nur für Bucharin, sondern für die ganze oppositionelle Bewegung eine Niederlage bedeute. Den Erfahrungen Bucharins erblicke man jedoch nicht alle Gefahren entgegenbringen; es müsse vielmehr abgemerkt werden, ob er es wirklich meine oder ob er sich nur verstelle, um die Aufmerksamkeit der Partei einzufangen und dann aus der Partei auszubrechen zu können.

Spanien droht die Diktatur.

Der spanische Ministerpräsident Berenguer erklärte er könne seinen Rücktritt nicht dem Zustand der derzeitigen Verfassung des Landes haben. Er habe sich stets bemüht, entsprechend dem Befehl und der Beratung zu regieren. Wenn dies aber nicht anerkannt werde und die Herausforderungen weiter anwachsen sollten, hätte die Verantwortlichkeit für die Schuld für die kommenden Dinge leicht zuzuschreiben. Diese Erklärung bedeutet eine klare Verpflichtung auf eine neue Diktatur. Sie wird in allen Madrider Kreisen lebhaft begrüßt.

Die Lage scheint noch immer kritisch zu sein. Der in Barcelona und Valencia proklamierte Generalfreitag hat sich auch auf die Städte Sevilla, Alicante und Malaga ausgebreitet. Dort ist es zu Zusammenkünften zwischen Manifestanten und der Polizei gekommen, wobei Leuten von der Waffe Gebrauch machte.

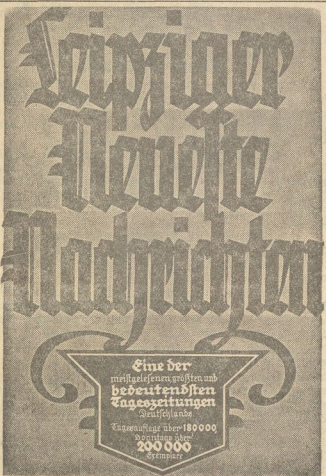
Bei den Zusammenkünften in Barcelona sind ein Inspektor, zwei Polizisten und mehrere Zivilpersonen verletzt worden. Diese Zusammenkünfte sollen ihren Fortgang nehmen. Während des Generalfreitags in Madrid veröffentlichten Manifestanten sind 150 vorläufig wieder in Haft gesetzt worden.

Massenversammlungen durch Schüsse. In Betis sind dreißig Personen nach dem Genuß von verdorbenen Schokolade unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Achtzehn Personen schwanden in Lebensgefahr.

25 Millionäre in spanischer Gefangenschaft. Nachrichten aus Schanghai zufolge haben die spanischen Kommandanten den letzten Millionär Tierney in Kienchang gefangen genommen. Außerdem halten sie noch 24 Millionäre gefangen.

Operettenfahrt nach Erfurt

Die Ausgabe der Theaterkarten für die am 30. Nov. mit der fünfteiligen Aufführung der Operette „Das Kind des Käfigens“ findet am Montag, den 24. November, abends 8 Uhr im „Preussischen Hof“ statt. Die Teilnehmer an der Fahrt werden gebeten, zur Empfangnahme ihrer Karten recht pünktlich zu erscheinen.



Das erfolgreiche Anzeigenblatt

Probennummern kostenlos durch die Hauptgeschäftsstelle Leipzig, Postfach 19

Gegen Rote der Hände

und des Gefährtes sowie unheilbare Hautkrankheiten verwendet man am besten die Spezialcreme, welche den Händen und dem Gesicht eine weiche, zarte, glatte, die vornehmlichen Verunreinigungen entfernt. Ein beinaheberer Vorteil liegt darin, daß diese weiche Creme auch bei den empfindlichsten Stellen der Hände, der Nase, des Halses, des Gesichts und des Halses, ohne jene berühmten Abwärtsschmerzen, die bei anderen Mitteln eintreten, verwendet werden kann. Diese weiche Creme gleicht einem äußerst feinsten Feinabstrich von Seife, Mandelöl und Glycerin, ohne jene berühmten Abwärtsschmerzen, die bei anderen Mitteln eintreten, verwendet werden kann. Diese weiche Creme gleicht einem äußerst feinsten Feinabstrich von Seife, Mandelöl und Glycerin, ohne jene berühmten Abwärtsschmerzen, die bei anderen Mitteln eintreten, verwendet werden kann.

Drucksachen

liefert prompt und preiswert die aller Art für alle Geschäftszwecke für jeden Privatbedarf in besten Ausführungen

Buchdruckerei Wilh. Sauer

Hypotheken

an alle Stellen, welche unsere Hypothekengelder aufnehmen können, sind wir bereit, die besten Bedingungen zu stellen. Schriftliche Angebote an: Hypothekendarlehen, 100, Leipzig C. 1, Hauptstraße 4.

Kleinwangen. Ver- angele.

Am 30. November

Preis-Skat.

Olympia



Olympia-Korrespondenz-Schreibmaschine Buchungsmaschine mit Rechenwerk Soldatentyp

Fabrik und Verkaufsbüro: ERFURT, Mainzerhofplatz, 13
Fernsprecher: Erfurt 4620-23

Groß- Berlin N 24, Friedrichstr. 110-112, Breslau, Kaiser-Winkelstr. 58-60, Dortmund, Schwall 23, Dresden, Neustädter Markt 11, Düsseldorf, Wilhelmpl. 12, Erfurt, Mainzerhofpl. 13, Frankfurt/M., Friedenstr. 2, Hamburg, Kaiser-Winkelstr. 23-31, Hannover, Am Schiffbauergang 16, Köln, Wallenbergstr. 79, Leipzig, Nicolaistr. 10, Magdeburg, Orlow-Gartenstr. 11, Mannheim, O. T. 23, München, Kaufinger Str. 3, Nürnberg, Lorenzer Pl. 12, Stuttgart, Tübingler Str. 33.

Verlangen Sie von unserem nächsten Büro-Angabe des für Sie zuständigen Bezirksvertreters

Saben Sie schon einmal über Ihre Weihnachtsexklame nachgedacht?

Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 24/26.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22632

Anzeigen lohnen: die 88 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restmontat 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Sauerverein Arten.

Nr 139

Sonnabend, den 22. November 1930

43. Jahrgang

Zu viel Steuern!

Die Reichsregierung sagt: So wie bisher geht es nicht weiter!

Die Begründung der Reichsregierung zum Steuervereinfachungsgesetz, das jetzt im Reichstag behandelt wird, zeigt den festen Willen der Reichsregierung, zu einer Steuerentlastung und Steuervereinfachung zu kommen. In dieser Begründung heißt es u. a.:

„Der Wunsch der gesamten deutschen Öffentlichkeit auf steuerlichem Gebiete geht in zweifacher Richtung: Steuerentlastung und Steuervereinfachung. Auf dem Gebiete der Steuerentlastung läßt sich bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Deutschland und im Ausland, die auf der Einnahmeseite einen starken Rückgang der Einnahmen, auf der Ausgabe Seite ein starkes Ansteigen der Ausgaben zur Folge hat, dieser Wunsch nur unvollkommen erfüllen. Der Entwurf eines Gesetzes über die Senkung der Realsteuern zum 1. April 1931 kann daher nur als ein bescheidener Anfang angesehen werden. Die Reichsregierung lehnt es ab, Steuerentlastungsverprechen zu machen, von denen sie nicht genau weiß, daß sie auch wirklich erfüllt werden können. Sie hofft aber, auf dem von ihr beschrittenen Wege freierem Durchfließen der Ausgaben der öffentlichen Hand allmählich auch Mittel zur weiteren Steuerentlastung, die im Interesse des Wiederantriebs der deutschen Wirtschaft und der Kapitalbildung dringend erforderlich ist, frei zu bekommen. Das wird am locher möglich sein, je schneller eine, wenn auch nur leichte Besserung der Wirtschaftslage eintritt und damit die Einnahmen wieder besser zu laufen beginnen und der verstärkte Druck auf den Etat von der Ausgabe Seite her aufgehoben beginnt.“

Könnte somit die Reichsregierung auf dem Gebiete der Steuerentlastung, abgesehen von einer gewissen Senkung der Realsteuern, im Rahmen ihres gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftsplans nichts weiter tun, so sind um so größere Möglichkeiten zum Wandel auf dem Gebiete der Steuervereinfachung gegeben. Die Steuervereinfachung zerfällt in zwei große Teile: die Steuervereinfachung einerseits sowie die Vereinfachung der Steuerarten — ebenfalls für bestimmte Bevölkerungskreise — und die sich daraus ergebenden Vereinfachungen für Bevölkerung und Verwaltung andererseits.

Der Gedanke einer allgemeinen Senkung, die für die Wirtschaft insbesondere auch eine große psychologische Bedeutung gehabt hätte, konnte wegen der völlig verschiedenen Realsteuergrundlagen in den einzelnen deutschen Ländern nicht so einheitlich durchgeführt werden, wie es die Regierung an sich gewünscht hätte. Die Reichsregierung nimmt daher den Gedanken der Vereinfachung der Realsteuern im Rahmen ihres jetzigen Finanz- und Wirtschaftsplans wieder auf. Da der Entwurf des Steuervereinfachungsgesetzes im Reichstag bereits durchberaten war und, wie oben erwähnt, dem vorigen Reichstag bereits vorlag, würde der Entwurf an sich wieder unmittelbar dem Reichstag haben zugeleitet werden können, wenn er unverändert geblieben wäre. Die Reichsregierung schlägt aber außer der Steuervereinfachung im damaligen Sinne, die übrigens auch schon eine Steuervereinfachung bedeutet, eine Steuervereinfachung im engeren Sinne, eine Vereinfachung der Steuerarten für weite Teile der Bevölkerung vor.

Die Bevölkerung fragt nämlich nicht allein über die Höhe der Steuern, sondern auch über die Komplexität der Steuern und die Kompliziertheit des Systems überhaupt. Diese Klagen sind nicht unberechtigt. Insbesondere die kleineren Steuerzahler finden sich in dem Durcheinander der verschiedenen auf ihnen lastenden Steuern häufig nur schwer zurecht. Das führt dann dazu, daß diese Kreise verhältnismäßig viel Zeit auf die Erledigung ihrer Steuerangelegenheiten verwenden und sich hierbei auch im großen Umfang fremder Hilfe bedienen müssen. Es ist nicht zu leugnen, daß hierfür heute zu viel Zeit und Geld aufgewandt wird und daß die Bevölkerung von diesem im Grunde doch unproduktiven Ausgabe nach Möglichkeit entlastet werden muß. Ein ebenso großes Interesse an der Vereinfachung hat aber auch der Fiskus.

Die Kosten der gesamten Steuer- und Zollverwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden belaufen sich heute auf über 700 Millionen Mark, ein Betrag, den die deutsche Wirtschaft auf die Dauer nicht tragen kann. Daher wird auch von diesem Gesichtspunkt aus eine Vereinfachung des Steuerwesens erstrebt werden müssen, die dann, auf etwas längere Sicht gesehen, auch zu einer Einschränkung der Verwaltung und damit zu wesentlichen Ersparnissen führen kann und muß. Es ist dringend zu hoffen, daß auch die maßgebenden parlamentarischen Körperschaften hierfür das nötige Verständnis zeigen werden. So wie bisher geht es nicht weiter. Die

verschiedenen Gesellschaften, die in einer so schweren Wirtschaftlichen Zeit wie der ganzen Nachkriegszeit und bei der nicht vermeidbaren, außerordentlich hohen Belastung von vornherein nicht ganz einfach gestaltet werden konnten, sind in den parlamentarischen Körperschaften immer weiter stark kompliziert worden, weil man immer noch wieder neue Fälle und Möglichkeiten in die gesetzliche Regelung einbeziehen wollte. Die Gesetzgebung, die man damit erzielen wollte, wird im Grunde dadurch nicht erreicht, weil sich alle Fälle doch nicht regeln lassen und weil die Unmenge einzelner Bestimmungen im Gesetz und in Verordnungen den Zeitstrahl nicht immer bekannt sein können und ein zu kompliziertes Steuerrecht auch von der besten Verwaltung nur schwer durchgeführt werden kann. Daher muß es darauf ankommen, die Gesetze so zu gestalten, daß sie einfach und klar sind und den Zeitstrahl ebenso wie der Verwaltung eine leichte Durchführung ermöglichen.“

Reichstag für das Finanzprogramm.

Das Gesetz über die Ausgabenbegrenzung in den Haushalten des Reiches, der Länder und Gemeinden wurde mit allen gegen Thüringens Stimmen angenommen, das Gesetz über die Zulassung zur Einkommensteuer bei Stimmhaltung Thüringens. Angenommen wurde weiter das Gesetz, das die Abfertigungspflicht im Reichspostdienstgesetz neu regelt.

Bei der Beratung der Vorlage zur Veränderung des Zigarettensteuergesetzes behauptete der Vertreter des Freistaates Sachsen die im Ausschuss beschlossenen Veränderungen, die eine schwere Schädigung der Zigarettenindustrie bedeuten. Sachsen könne dieser Vorlage nicht zustimmen. Gegen die Vorlage erklärten sich auch die Vertreter von Schleswig-Holstein, Thüringen, Oldenburg, Bremen und Baden. Die Vorlage wurde in namentlicher Abstimmung mit 45 gegen 21 Stimmen angenommen. — Angenommen wurde auch das Gesetz über die Senkung der Realsteuern mit Stimmhaltung Sachsen, wobei die Verbilligung des mit öffentlichen Mitteln geförderten Kleinwohnungsbaues, über welchen Abtrot und Beendigung der Wohnungszwangswirtschaft und das Kleinwohnungswirtschaftsgesetz.

Reichsanwalt Dr. Brüning dankte im Namen der Reichsregierung dem Reichstag für die außerordentlich schnelle bindige und sachlich äußerst wertvolle Arbeit. Die noch ausstehenden Vorlagen zur Steuervereinfachung und zum endgültigen Finanzgesetz werden am nächsten Donnerstag auch vom Reichsratsplenum verabschiedet werden. Wir sind uns klar darüber, daß mit dem Abschluß dieser Vorlagen die Aufgaben der schweren Zeit noch nicht erledigt sind, sondern daß dann sofort neue Maßnahmen in Angriff genommen werden müssen. Die Reichsregierung denkt nicht daran, die Ziele und Wege der Außenpolitik sich bitieren zu lassen von innerpolitischen Tagesdrängern.

Dr. Curtius zur Außenpolitik

Hierzu nahm Außenminister Dr. Curtius das Wort zu einer großangelegten Rede über die deutsche Außenpolitik. Nach kurzen Eingehen auf die weltweite Stellung zur Weltwirtschaft und zu den Ereignissen in Brno führte der Minister u. a. aus: Es gilt, der Zukunft ins Auge zu sehen, daß niemand von uns heute wissen kann, ob wir mit den Maßnahmen, mit denen wir Ordnung schaffen wollen, auskommen werden, wenn wir noch internationale Schritte tun müssen, die in den Verträgen zum Schutze unserer Wirtschaft und Währung vorgehoben sind. Die Reichsregierung erwartet im Ausland Verständnis dafür, wenn sie nach Durchhebung ihres Wirtschafts- und Finanzplans sich fortlaufend die Frage vorlegt, ob sie nicht zu jenen Schritten greifen müsse. Wir werden den neuen Plan nicht zerschellen, den Vertragsboden nicht verlassen. Wir haben aber keine Garantie für die Durchführbarkeit des Plans gegeben. Die Reichsregierung ist davon durchdrungen, daß sie die Verantwortung dafür trägt, daß das deutsche Volk durch unrettungsfähige Taten nicht ferner sozialen und sittlichen Grundlagen beraubt wird.

Auf dem Wege zur deutsch-französischen Verständigung werde die Reichsregierung in der gleichen Richtung auch in Zukunft weiterarbeiten müssen. Was wir anstreben, ist eine weitestgehende Zusammenarbeit zur Beilegung der Kriegsverwunden, zur Beseitigung der Wirtschaftskrisis, zur Ermöglichung des Ausgleichs der gegenwärtigen Spannungen auf allen Gebieten menschlicher Betätigung.

Zur Abrüstungsfrage übergehend sagte der Minister, daß, wenn Worte in Verträgen einen Sinn hätten, dies alles nur eindeutig zu verstanden werden könne, daß nach den erfüllten Voraussetzungen durch Deutschland die vertraglich festgelegte Folge, also die allgemeine Abrüstung, eintreten müsse. Er könne sich nicht denken, daß der französische Ministerpräsident jetzt, da das Abrüstungsproblem zur endgültigen Entscheidung dränge, eine These durchlegen wolle, die die Basis aller Verhandlungen der letzten zehn Jahre berühren würde. Die Lösung der Abrüstungsfrage sei der Bereich des Widerstandes. Wir werden diesen internationalen Prozeß vor dem Genfer Forum unbekannt zum Abschluß bringen. Nehme Frankreich das Recht der Sicherung der Landesgrenzen, für sich in Anspruch, so müsse das einwärtig und von in Waffen stehenden Völkern umgebene Deutschland erst recht den Anspruch auf Sicherheit erheben. Sein Standpunkt auf verschiedene Kreuzungen des französischen Mi-

nisterpräsidenten erklärte der Minister: Wir lassen uns nicht von romantischen Träumereien bewegen und legen nicht imperialistischen Plänen nach. Was wir erstreben wird uns nicht nur die friedliche Verständigung in Betracht kommen. Zum Schluß erklärte der Außenminister, er habe vor allem mit feinem Verständnis um Verständnis für den deutschen Standpunkt werden wollen. Er hoffe, daß der Ernst der Lage und die Notwendigkeit erkannt würde, die Außenpolitik mit Festigkeit und Beharrlichkeit zu führen.

Preußens Haushalt 1931.

Der Etat balanziert mit 3.10 Milliarden Mark.

Berlin, 21. November. Der preussische Haushaltsplan für 1931, der jetzt dem Staatsrat zugegangen ist, schließt in Einnahmen und Ausgaben mit rund 3.10 Milliarden M. ab. Einnahmen und Ausgaben sind damit um etwa 384 Millionen Mark geringer als im Jahre 1930.

Nach Abzug der durchlaufenden Posten, d. h. vor allem derjenigen Einnahmen, die an die Gemeinden mitzugesendet werden, verbleiben für den Staat an sich 2.25 Milliarden in Einnahmen und Ausgaben. Auf der Einnahmeseite ist bereits mit einer geringeren Ueberleistung an Reichsteuern gerechnet worden. Die Ueberleistungen sind nur mit 788.3 Millionen Mark 878.3 Millionen im Bor- u. abgegeben. Auch die Steuererträge sind mit 20.7 auf die schwerere Wirtschaftslage niedriger eingestellt worden, und zwar mit 687.2 gegenüber 693.7 Millionen im Vorjahre. Die Erparnisse auf Grund der Senkung der Beamtenbezüge und der Abgordnungsdiäten werden mit rund 90 Millionen Mark angegeben, mit dem gleichen Betrage der Minderung des reinen Staatsanteils an den Reichsteuern-überweisungen. Weiter wird ausgeführt, daß auch die reuflischen Realsteuern, vor allem die Haussteuer, in ihren Ertragsfällen ständig zurückgehen. Der Gesamtumsatz an Deduktionsmitteln wird mit 125 Millionen berechnet, wozu noch eine Summe von 16 Millionen als unvermeidbare Gehaltung des Zinsfußes bei der Staatsanleiheremission kommt. Insgesamt war also für 141 Millionen Deckung zu finden. Hierzu wird ausgeführt, daß es nur einen einzigen Weg gebe, nämlich den Umfang der Ausgaben nach dem Umfang der Deduktionsmittel zu beschränken. Es ist nicht möglich, den Gehalt der des Jahres 1931 durch Erleichterung neuer Einnahmen auszugleichen. Die Notwendigkeit, den deutschen Preisstand den Weltmarktpreisen anzupassen und die Gehaltsverluste der deutschen Volkswirtschaft entsprechend zu senken, erfordere eine Senkung der öffentlichen Ausgaben.

Außer den Erparnissen bei den Beamtengehältern hat man Gehaltsbedürfnisse und andere fällige Ausgaben der Verwaltung um 7.1 Millionen, die einmaligen Ausgaben um 40 Millionen gekürzt, so daß insgesamt der Gehaltbetrag von 141 Millionen Mark eingebracht worden ist. Der Verlust der Einnahmen wird zum Teil durch die neuen Steuern des Reichsplan für Preußen im Jahre 1931, das Reich beabsichtigt der Gehaltung der Gehaltung zu erreichen mit Recht statt der Bürger- 80 Millionen über Haussteuer- 100 Millionen für den

Regierung an

21. November. Donnerstag der nächste Gesamtsitzung des Reichstages werden angenommen. Anträge gegen Ministerpräsident Brüning wurde durch den Reichstag über den Reichstag an

Einigkeit über die Dittsche. Berlin, 21. November.

Ämtlich wird mitgeteilt: Reichspräsident von Hindenburg empfing die Kommissare für die Dittsche, Reichsminister Treubner und preussischer Staatsminister Hirthel, zusammen mit deren Vertretern Staatssekretär Brüning und Ministerialdirektor Dr. Wachsmann zu einer längeren Besprechung über die Arbeit der Dittsche.

Die Ausprache, die auch die aus Kreisen der Landwirtschaft für die Durchführung der Dittsche vorgebrachten Vorschläge und Wünsche umfaßte, ergab Uebereinstimmung in der Auffassung über die für die Dittsche maßgebenden

